



Niederschrift

69. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.05.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 17:35 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	ab 17:10 Uhr
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:25 - 18:45 Uhr
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:50 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Heinzl, Horst	CDU	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Kahle, Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Langenhoff, Ortsbürgermeisterin von Groß Glienicke
Herr Reiter, Ortsbürgermeister von Neu Fahrland
Herr Wanke, Tierschutzverein Potsdam
Frau Eichenmüller, Personalrat
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Kartz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 25.04.2007
- 2 Besetzung der Stelle 903 000 20 - Bereichsleiter/in Wirtschaftsförderung
Vorlage: 07/SVV/0397
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Entwicklung der Strompreise
Vorlage: 07/SVV/0162
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3.2 Information zum Personalentwicklungskonzept
aus HA 14.02.2007
- 3.3 Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"
Punkt 5 der B-Plan begleitenden Festlegungen zum Landtagsneubau
- 3.4 Sachstandsbericht zum Umgang mit dem Nachlass von Hedwig Bollhagen
aus HA 11.04.2007
- 3.5 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 3.6 Verwendung der Hauptstadtmittel für die Stiftung Baukultur
- 4 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 5 Bestätigung der nicht öffentlichen Tagesordnung sowie Bestätigung des nicht öffentlichen Protokolls der Sitzung vom 25.04.2007
- 6 Grundstück Beusselstraße 27 in Berlin-Mitte
Vorlage: 07/SVV/0398
Oberbürgermeister, KIS
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Bericht zum Transformationsprozess im Klinikum "Ernst von Bergmann"
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 25.04.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese wie folgt zu verändern:

1. entsprechend dem Antrag der Fraktion SPD, einen Bericht zur Situation der Branche in Drewitz aufzunehmen.
2. den Antrag 07/SVV/0445 - **Patenschaften zwischen Einheiten der Bundeswehr und den Ortsteilen Neu-Fahrland und Groß-Glienicke** zu entscheiden. Im Ergebnis einer rechtlichen Prüfung habe sich ergeben, dass zum Abschluss der genannten Patenschaften ein Beschluss der StVV respektive des Hauptausschusses erforderlich sei. Da beide Einheiten vor ihrem Abmarsch in die Einsatzgebiete stehen, sollen die Patenschaftsurkunden bis dahin unterschrieben sein.
3. Der Tagesordnungspunkt 3.3, Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt", soll in die Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2007 verschoben werden, da Frau Dr. von Kuick-Frenz aus terminlichen Gründen an der heurigen Sitzung nicht teilnehmen könne und Herr Goetzmann Urlaub habe.
4. Zum Tagesordnungspunkt 3.6, „Verwendung der Hauptstadtmittel für die Stiftung Baukultur“, liegt allen Mitgliedern des Hauptausschusses eine schriftliche Begründung vor, die darauf verweist, dass diesbezügliche Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 09.05.07 und dem Förderverein Bundesstiftung Baukultur zum Gründungskonvent am 10.05.07 gemeinsam mit dem Ministerium für Infrastruktur und Bauordnung des Landes Brandenburg stattfinden.

Im Weiteren bittet Frau Kirchner, unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, das Thema Karl-Liebknecht-Stadion erneut aufzurufen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 68. Sitzung vom 25.04.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 **Besetzung der Stelle 903 000 20 - Bereichsleiter/in Wirtschaftsförderung Vorlage: 07/SVV/0397**

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Bereichsleiter/in Wirtschaftsförderung Kennziffer: 903 000 20 Entgeltgruppe 15 TVöD/TVÜ-VKA (Vergütungsgruppe I a Fg 1 a BAT-O) wird befristet

für 4 Jahre (§ 32 Abs. 1 TVöD) und mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

neu Patenschaften zwischen Einheiten der Bundeswehr und den Ortsteilen Neu-Fahrland und Groß-Glienicke
Vorlage: 07/SVV/0445
Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Anschließend begründen Herr Reiter für den Ortsteil Neu Fahrland und Frau Langehoff für den Ortsteil Groß Glienicke die Patenschaften. Herr Reiter verweist dabei u.a. auf den bevorstehenden Einsatz großer Teile der in Neu Fahrland stationierten Einheit der Bundeswehr in Afghanistan. Herr Dr. Gunold begründet daraufhin sein ablehnendes Stimmverhalten, da er generell gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sei.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Vereinbarung einer Patenschaft zwischen dem Ortsteil Groß-Glienicke und dem Einsatzlazarett 311 der Blücher Kaserne und dem Ortsteil Neu-Fahrland und der Stabskompanie des Lazarettregiments 31 ebenfalls in der Blücher Kaserne in Berlin wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Entwicklung der Strompreise

Vorlage: 07/SVV/0162

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.2 Information zum Personalentwicklungskonzept

aus HA 14.02.2007

Der Oberbürgermeister erinnert eingangs daran, dass dieser Punkt deshalb im Hauptausschuss aufgerufen wurde, weil es bezüglich der externen Stellenausschreibungen Nachfragen gegeben habe und nun „im Groben“ dargestellt werden soll, wie es sich mit der Personalentwicklung verhalte. Dies sei bereits vor zwei Jahren ausführlich erläutert worden und insofern als eine Art „Auffrischung“ zu sehen.

Anschließend erläutert Herr Dr. Pokorny an Hand visueller Darstellung die Ziele und Grundlagen der Personalentwicklung, Strukturmerkmale und Maßnahmen

sowie die Führungskräfteentwicklung. Darüber hinaus gibt er einen Ausblick auf die Entwicklung bis 2010 und eine Zusammenfassung der Kernaussagen. (Die Folien sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.)

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass es genau die qualitative Seite gewesen sei, die in der Personalentwicklung gefehlt habe und fragt nach, wie das konzeptionell gesteuert und für die Stadtverordneten nachvollziehbar gestaltet werde. Frau Dr. Müller meint, dass sie die „Beleuchtung“ des Personalentwicklungskonzeptes unter dem Aspekt biologischer Verläufe und der Finanzen beunruhige. Sie halte es nicht für generell erstrebenswert, Führungskräfte grundsätzlich extern einzustellen. Frau Bankwitz verweist darauf, dass sie zum Personalentwicklungskonzept Akteneinsicht genommen und nichts darüber gefunden habe, wie man die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal lösen wolle. Für sie sei das eher ein Personalabbau- und nicht ein – entwicklungskonzept. Sie meine, dass es möglich sein müsse, eigene Mitarbeiter für Führungspositionen zu entwickeln. Herr Krause spricht sich dafür aus, sich einen Überblick über die Wertigkeiten der Stellen zu verschaffen. Herr Cornelius fragt nach, ob der Einsatz von Mitteln für die Aus- und Fortbildung im Vergleich mit anderen Städten gut sei. Herr Dr. Pokorny informiert, dass Potsdam damit im „guten oberen Durchschnitt“ liege. Herr Schubert fragt nach der Entwicklung des Krankenstandes in den letzten Jahren unter dem Aspekt wegfallender Stellen und steigender Belastungen, worauf Herr Dr. Pokorny auf einen vergleichsweise hohen Krankenstand verweist. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold nach der Prüfung des Stellenabbaus und dessen Auswirkungen auf fehlende Steuereinnahmen antwortet der Oberbürgermeister, dass ihn die „massive Diskussion“ verwundere. Es sei darauf verwiesen worden, dass der Stellenabbau sozialverträglich, also ohne Kündigungen, sondern durch Altersteilzeit erfolge. Wenn eine effektive und effiziente Verwaltung gewollt sei, müsse man auch die Kosten für Personal im Blick haben. Herr Exner verweist auf Ausgliederung von Bereichen, wie z.B. die Bäder oder Kitas. Durch Organisationsuntersuchungen werde geprüft, wie Aufgaben effizienter erfüllt werden können, so dass Stellenabbau nicht gleich Wegfall von Arbeit bedeute. Ebenso sei die externe Besetzung von Stellen kein „Prinzip“ der Verwaltung; es werde immer die Entwicklung und Besetzung aus dem eigenen Bestand geprüft. Im Weiteren verweist Herr Dr. Pokorny darauf, dass der Stellenplan eine Dynamik habe und den neuen Profilen angepasst und dazu das Personal entwickelt werde. Es gebe Überlegungen und Maßnahmen, um externe Stellenbesetzungen zu vermeiden. Bezüglich des hohen Krankenstandes verweist er auf den Aufbau eines Gesundheitsmanagements auch unter dem Aspekt des hohen Durchschnittsalters der Potsdamer Verwaltung.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Personalentwicklungskonzept ein Steuerungsinstrument zum optimalen Einsatz von Personal sei. Ihm sei bekannt, dass es Bereiche gebe, die ihre Aufgaben nur noch schwer erfüllen können und deshalb erwarte er, dass der Hauptausschuss über die Entwicklung und die Prozesse informiert und einbezogen werde. Diesem Votum entsprechend schlägt der Oberbürgermeister eine mindestens jährliche Berichterstattung vor, um die Entwicklungsprozesse kontinuierlich verfolgen zu können.

zu 3.3 Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"

Punkt 5 der B-Plan begleitenden Festlegungen zum Landtagsneubau

zurückgestellt

zu 3.4 Sachstandsbericht zum Umgang mit dem Nachlass von Hedwig Bollhagen
aus HA 11.04.2007

Herr Kartz aus dem Bereich der Unteren Denkmalschutzbehörde informiert über eine von Juni 2007 bis August 2008 geplante Ausstellung, die existierende Stiftung, die den Nachlass von Hedwig Bollhagen verwaltet und die derzeitige Erarbeitung eines Museumskonzeptes für diese Ausstellung.

Herr Schüler bittet, das Museumskonzept nach Fertigstellung im Hauptausschuss vorzustellen.

zu 3.5 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Der Oberbürgermeister berichtet, dass die Auswirkungen der neuen Fahrplangesaltung zum Sommer 2007 Gegenstand der Beratung mit den Ortsbürgermeistern gewesen sei.

zu 3.6 Verwendung der Hauptstadtmittel für die Stiftung Baukultur

zurückgestellt

neu Bericht zur Situation der Brache in Drewitz

Herr Schubert begründet die Beantragung des Tagesordnungspunktes damit, dass die Stadt nach Aussage der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Frau Dr. von Kuick-Frenz über das Vorhaben der Ansiedlung eines Möbelhauses scheinbar informiert gewesen sei und die Stadtverordneten, bis auf die Fraktion DIE LINKE. PDS, nicht.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass der Stadt die Pläne des Unternehmens Port-Möbel nicht bekannt waren. Zwar habe es im Vorfeld durch Herrn Dr. Scharfenberg eine Anfrage zu den planungsrechtlichen Grundlagen gegeben, aber keine konkrete Information zu dem Vorhaben oder dem Investor. Das, was die Stadt wisse, kenne sie aus der Zeitung. Da keine Planung vorliege, die Gegenstand des Handelns sein könne, prüfe die Stadt derzeit auch nichts.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass es keine unübliche Verfahrensweise sei, dass sich Investoren an Fraktionen wenden. Insbesondere wegen der Vorgeschichte zur Brache in Drewitz sei es nicht verwunderlich, dass sich der Investor an die Fraktion DIE LINKE. PDS gewandt habe. Das Projekt wurde vorgestellt, um zu prüfen, wie die Anwohner damit umgehen. Da das Projekt von den Anwohnern sehr positiv aufgenommen worden sei, plane seine Fraktion eine entsprechende Antragstellung für den 06. Juni 2007 in der StVV, um damit der Verwaltung einen Handlungsauftrag zu erteilen. Soweit er wisse, werde der Investor in der nächsten Woche einen Termin mit der SPD haben. Er fordert die Stadtverordneten auf, sich zeitnah eine Meinung zu dem Thema zu bilden, da zur Sitzung der StVV im Juni gemäß des Beschlusses vom Januar 2007 (DS - 07/SVV/0013) über den geänderten Bebauungsplan beraten werden soll. Er meine, die Ansiedlung dieses Unternehmens sei ein Gewinn für Potsdam.

Herr Schubert entgegnet, dass es eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema geben werde und der Anlass für die Nachfragen eben die Äußerung war, „die Stadt sei bereits in dieser Richtung tätig“.

Herr Schubert meint, er sei von dieser Entwicklung überrascht und ihm erschließe sich noch nicht, wie ein großes Möbelkaufhaus eine stadtteilverbindende Funktion haben könne, die dem Beschluss vom Januar entspreche.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass eine Vorlage entsprechend des Beschlusses von Januar 2007 für die Sitzung der StVV im Juni vorbereitet sei. Allein mit der Antragstellung sei das Möbelhaus allerdings noch nicht auf dem Wege der Realisierung. Er spreche sich dafür aus, dass die gleichen hohen Maßstäbe wie beim Hornbach-Baumarkt nun auch für andere Nutzungsvarianten gelten müssen.

neu Tierheim - weiteres Verfahren

Frau E. Müller führt dazu aus, dass am 31.05.2007 im Amtsblatt und in den Medien die Bedingungen bezüglich des Interessenbekundungsverfahrens veröffentlicht werden. Als Abgabetermin sei der 02.07.2007 avisiert und am 05.09.07 werde das Ergebnis mit einem Vorschlag der Verwaltung für die StVV eingereicht. Herr Dr. Scharfenberg fragt Bezug nehmend auf die Verabredungen im letzten Hauptausschuss, wie sich dabei der Tierschutzverein einordne. Zur Entsorgung der Altlasten, so Frau E. Müller, liege eine schriftliche Zusage des KIS vor. In Ergänzung dessen verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es darum ging, weitere vermutete Altlasten zum Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen zu machen. Das werde so auch geschehen, unabhängig davon, wer der zukünftige Betreiber des Tierheims werde, d.h. die Konditionen seien Bestandteil des Interessenbekundungsverfahrens. Die Nachfrage von Herrn Schüler, ob das bedeute, dass der Vertrag erst nach dem Interessenbekundungsverfahren abgeschlossen werden könne, bejaht der Oberbürgermeister. Herr Dr. Gunold kritisiert das Verfahren, da er nach dem letzten Hauptausschuss davon ausgegangen sei, dass „für den Tierschutzverein alles klar sei“. Er fragt, warum der Oberbürgermeister in der StVV dann für das Interessenbekundungsverfahren gestimmt habe. Er sehe darin keinen Widerspruch, so der Oberbürgermeister, es habe lange Verhandlungen mit dem Tierschutzverein gegeben und mittlerweile haben auch andere ihr Interesse bekundet, die dann ein Konzept vorzulegen hätten, nach dem ausgewählt werde. Das bedeute ja auch nicht, dass der jetzige Betreiber nicht auch ausgewählt werden könne.

zu 4 Sonstiges

Frau Kirchner fragt nach den Hintergründen der befristeten Genehmigung des Bauantrages für die **Flutlichtanlage im Karl-Liebknecht-Stadion**. Der Oberbürgermeister verweist in seiner Antwort auf den Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe und einen diesbezüglich drohenden Konflikt mit der UNESCO. Mittlerweile sei die Baugenehmigung erteilt, und zwar befristet bis zum 30.08.2011. Durch den Bereich Untere Denkmalbehörde sei dazu das Benehmen mit dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege hergestellt worden.

Im Weiteren beantwortet der Oberbürgermeister die Nachfragen von Herrn Friederich zur Befristung des Bauantrages und von Herrn Schubert zur zweifachen Antragstellung, einmal vom SV Babelsberg 03 und zum anderen vom KIS.

Auf die Nachfrage von Frau Kirchner, warum die erste Abwägung der Unteren Denkmalbehörde wieder aufgehoben wurde, verweist der Oberbürgermeister auf die drohende Konfliktsituation mit der UNESCO, was auch die Entscheidung für eine Befristung begründe.

Herr Friederich betont, dass er in diesem Zusammenhang eine deutliche Aussage und ein Bekenntnis des Oberbürgermeisters zum Standort und eine enge Zusammenarbeit mit dem Verein erwarte. Der Oberbürgermeister erinnert an seine Ausführungen im Zusammenhang mit der Absage einer Bewerbung zur Fußball-WM 2011 in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, wo er darauf verwiesen habe, dass man sich mit der Frage, wie es mit dem Stadion weitergehe, auseinander setzen müsse. Hierzu habe aber auch der Verein eine erhebliche Verantwortung und gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren müsse man prüfen, was an Investitionen in den nächsten Jahren benötigt werde.

Herr Dr. Scharfenberg fragt bezüglich der Veräußerung der „**Blehbüchse**“, ob diese verschenkt oder verkauft wurde. Der Oberbürgermeister antwortet, dass sie verkauft wurde; die Höhe des Erlöses und weitere Informationen werden im nicht öffentlichen Teil gegeben.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach einer **Übersicht bezüglich der Besetzung der Positionen der Fachbereichsleiter**, da diese befristet besetzt seien. Der Oberbürgermeister sagt eine Übersicht zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu, aus der hervorgehe, welche Position wann wieder zur Entscheidung anstehe.

Bezug nehmend auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses, in der auch die Anträge „Beirat Babelsberger Park“ und „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam über die Übertragung von Vollstreckungs-aufgaben“ behandelt werden, bittet Herr Dr. Scharfenberg um die **Teilnahme eines Vertreters der Schlösserstiftung** – möglichst von Herrn Prof. Dorgerloh persönlich.